



## Antrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Ruth Müller, Margit Wild, Annette Karl, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Florian Ritter, Klaus Adelt SPD**

### **Bayern bezwingt den Müllberg II – der Freistaat soll sich politisch für „Zero Waste“-Forderungen einsetzen!**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich nach dem „Zero-Waste“-Prinzip

- auf Bundes- und Landesebene für mehr kommunale Steuerungsinstrumente zur Reduzierung des Verbrauchs von Einwegverpackungen einzusetzen. Das beinhaltet beispielsweise die Möglichkeit,
  - eine kommunale Abgabe auf Einweggetränkebehälter/Pappbecher zu erheben,
  - Lieferdienste und Gastronomie zur Verwendung von Mehrwegverpackungen zu verpflichten,
  - Plastiktüten und Knotenbeuteln zu verbieten
- sowie sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,
  - die Pfandpflicht für alle Getränkebehälter auszuweiten und bestehende Ausnahmen (wie für koffein-, milchhaltige oder kohlenstofffreie Getränke) abzuschaffen,
  - das Flaschenpfand pro Behältnis zu erhöhen,
  - ein Bonus-Malus-System für Verpackungen einzuführen, das die Verwendung ressourcenschonender Verpackungen fördert bzw. umweltschädliche Verpackungen verteuert.

### **Begründung:**

Durchschnittlich wirft jede und jeder Deutsche etwa 450 kg Haushaltsmüll im Jahr weg, also mehr als ein Kilo am Tag. Den größten Anteil daran hat der Verpackungsmüll, der in Deutschland laut aktuellen Zahlen des Umweltbundesamts auf ein Rekordhoch angestiegen ist: Im Jahr 2017 fielen in Deutschland 8,7 Mio. Tonnen Verpackungsmüll an, das sind 226,5kg pro Person und Jahr. Im Vergleich zum Vorjahr (2016) ist das ein Anstieg um 3 Prozent. Private Verbraucher hatten daran einen Anteil von 47 Prozent oder 107 kg pro Kopf. Ein Grund für den wiederholten Anstieg in Folge ist das starke Wachstum des Onlinehandels und die damit einhergehende Verpackungsflut.

Die „Zero-Waste“-Bewegung, wörtlich übersetzt „Null Abfall“, will diese Entwicklungen umkehren und plädiert dafür, wo immer möglich, Müll gar nicht erst anfallen zu lassen bzw. ihn – wo nötig – zu reduzieren und zu verwerten. Auch Städte und Regionen können im Sinne dieser Grundsätze innerhalb ihres Einflussbereichs einige wegweisende und exemplarische Maßnahmen zur Müllreduzierung in die Wege leiten. Die Staatsregierung soll sich auf den verschiedenen politischen Ebenen dafür einsetzen, dass weitere Maßnahmen zur Müllvermeidung erleichtert umgesetzt werden sowie kontraproduktive Regelungen und rechtliche Hürden abgebaut werden.